



PLANZEICHENERKLÄRUNG (nach der Planzeichenverordnung vom 30. Juli 1981)

1. Art der baulichen Nutzung
- WR Reine Wohngebiete
 - WA Allgemeine Wohngebiete
 - MI Mischgebiete
 - GE Gewerbegebiete
 - SO Sondergebiete
2. Maß der baulichen Nutzung
- 0,5 Geschößflächenzahl
 - 0,6 Baumassenzahl
 - 0,4 Grundflächenzahl
 - II Zahl der Vollgeschosse (als Höchstgrenze)
 - II Zahl der Vollgeschosse (zwingend)
3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
- o Offene Bauweise
 - ED Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
 - a Abweichende Bauweise (Gebäude sind bis zu einer Länge von m zulässig, Abstände nach §§ 7 und 10 NBauO)
 - g Geschlossene Bauweise
 - Baulinie
 - Baugrenze
 - SD Satteldach
 - WD Walmdach
 - FD Flachdach
 - 28-36° Dachneigung
 - Stellung der baulichen Anlagen (längere Mittelachse des Hauptbaukörpers gleich Firstrichtung)
4. Fläche für den Gemeinbedarf
- Flächen für den Gemeinbedarf
 - Schule
 - Kirche
6. Verkehrsflächen
- Straßenverkehrsflächen (Gemeindestraße)
 - Straßenbegrenzungslinie (auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung)
 - Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
 - Öffentliche Parkfläche
 - Parkbucht
 - Fußweg
 - Ein- bzw. Ausfahrten und Anschluß anderer Flächen an die Verkehrsflächen
 - z.B. Einfahrt
 - z.B. Einfahrtsbereich
 - z.B. Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

7. Flächen für Versorgungsanlagen
- Versorgungsfläche
 - Zweckbestimmung: Elektrizität (Trafo)
8. Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen
- Elit-Freileitung mit Schutzstreifen
 - Erdkabel
 - Gasleitung
 - Wasserleitung
9. Grünflächen
- Grünfläche öffentlich
 - Grünfläche privat
 - Zweckbestimmung: Parkanlage, Spielplatz
10. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft
- Wasserflächen
 - Zweckbestimmung: Fluß / Bach
12. Flächen für die Land- und für die Forstwirtschaft
- Fläche für die Landwirtschaft
 - Fläche für die Forstwirtschaft
13. Planungen, Nutzungsregelungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege u. zur Entwicklung der Landschaft
- Anpflanzen von Bäumen u. Sträuchern (§ 9 (1) 25a BBauG)
 - Erhalten von Bäumen u. Sträuchern (§ 9 (1) 25 b BBauG)
 - Einzelbäume zu erhalten
15. Sonstige Planzeichen
- Nicht überbaubare Grundstücksflächen
 - Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
 - Abgrenzung unterschiedlicher Stellung der baulichen Anlagen
 - Abgrenzung unterschiedlicher Dachneigung
 - Grenze des räumlichen Geltungsbereichs
 - Sichtwinkel (Oberhalb 0,80 m Höhe über Straßenoberkante dauernd freizuhalten) Hinweis
 - Mit Geh- u. Fahr- u. Leitungsrechten zu belastende Flächen. (bei schmalen Flächen)
 - Straßenbegleitgrün

Planunterlage angefertigt vom
Katasteramt Osnabrück
Maßstab 1: 1000
Landkreis Osnabrück Gemeinde Menslage
Kartengrundlage:
Flurkartenwerk 1: 1000
Gemarkung Herbergen
Erlaubnisvermerk:
Vervielfältigungserlaubnis für Gemeinde
erteilt durch das Katasteramt Osnabrück am 12.7.1982 Az.: V 2043/82
Flur 5, 6

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) i.d.F. vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256, ber. S. 3617), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 6.7.1979 (BGBl. I S. 949) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung i.d.F. vom 18.10.1977 (Nds. GVBl. S. 497), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.10.1980 (Nds. GVBl. S. 385) hat der Rat der Gemeinde Menslage die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 "Die Welt" bestehend aus der Planzeichnung als Satzung beschlossen:

3. ÄNDERUNG
BEBAUUNGSPLAN NR.2 „DIE WELT“
GEMEINDE MENSLAGE / Samtgemeinde Artland

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 17.10.82 die Aufstellung der Änderung des Bebauungsplanes beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs.1 BBauG am 15.10.82 ortsüblich bekanntgemacht.

Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 17.10.82 der Änderung des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 2a Abs.6 BBauG beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 16.11.82 ortsüblich bekanntgemacht. Die Änderung des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 22.11.82 bis zum 22.12.82 gem. § 2a Abs.6 BBauG öffentlich ausgelegen.

Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 17.10.82 der Änderung des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die eingeschränkte Beteiligung gem. § 2a Abs.7 BBauG beschlossen. Den Beteiligten im Sinne von § 2a Abs.7 BBauG wurde vom 16.11.82 bis zum 22.12.82 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde hat die Änderung des Bebauungsplanes nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gem. § 2a Abs.6 BBauG als Satzung (§ 10 BBauG) sowie die Begründung beschlossen.

Gemeindedirektor

Die Änderung des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von
Osnabrück, den 27.8.82
PLANUNGSINSTITUT DR. HARTMUT SCHOLZ
REGIONAL-, BAULEIT- UND LANDSCHAFTSPLANUNG
NIKOLAIRT 1-2, 4500 OSNABRÜCK, TEL. 0541/22257

Der Rat der Gemeinde ist den in der Genehmigungsverfügung vom (Az.:) aufgeführten Auflagen/Maßgaben in seiner Sitzung am beigetreten. Die Änderung des Bebauungsplanes hat zuvor wegen der Auflagen/Maßgaben vom bis zum öffentlich ausgelegen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekanntgemacht.

Gemeindedirektor

Die Genehmigung der Änderung des Bebauungsplanes ist gem. § 12 BBauG am im Amtsblatt für den Landkreis bekanntgemacht worden.

Die Änderung des Bebauungsplanes ist damit am rechtsverbindlich geworden.

Gemeindedirektor

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Änderung des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen der Änderung des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Gemeindedirektor